

Angriff auf die CO₂-Abgabe

Heute können sich nur energieintensive Unternehmen von der CO₂-Abgabe befreien lassen. Neu soll diese Option allen Firmen offenstehen, fordern die Bürgerlichen. Für das Klima könnte das Folgen haben.

Stefan Häne

Sie ist ein bedeutendes Instrument der Klimapolitik: die CO₂-Abgabe. Der Bund erhebt diese Lenkungsabgabe seit 2008 auf fossile Brennstoffe. Erdgas und Heizöl werden damit teurer - ein Anreiz für Bevölkerung und Wirtschaft, Energie zu sparen und vermehrt auf klimaverträglichere Energieträger zu setzen. 96 Franken beträgt aktuell die Abgabe pro Tonne CO₂. Der Bundesrat will den maximalen Satz auf 210 Franken anheben - ein umstrittenes Vorhaben.

Die Bürgerlichen bekämpfen nicht nur die geplante Erhöhung. Sie wollen auch eine bereits bestehende Ausnahmeregel stark ausweiten. Heute können sich energieintensive Unternehmen - jene mit einem Ausstoss von mehr als 100 Tonnen CO₂ pro Jahr - von der Abgabe befreien lassen. Im Gegenzug müssen sie sich verpflichten, ihre CO₂-Emissionen zu senken. Der Bundesrat hat festgelegt, welche Tätigkeiten dazu berechtigen, etwa die Herstellung von Papier, Uhren oder Maschinen. Die Wirtschaft geisselt diese Selektion als willkürlich und bürokratiefördernd. Neu soll deshalb die Abgabebefreiung grundsätzlich allen rund 600 000 Unternehmen im Land offenstehen; heute müssen erst etwa 1100 die CO₂-Abgabe nicht bezahlen.

Gegen den Rat der OECD

Da nicht nur SVP und FDP die Forderung unterstützen, sondern auch die CVP, ist das Anliegen im Parlament mehrheitsfähig. Damit stellen sich die Bürgerlichen allerdings gegen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Diese hat 2015 und 2017 der Schweiz empfohlen, Ausnahmeregelungen bei der CO₂-Abgabe möglichst abzubauen, um die Effizienz der Abgabe zu erhöhen: Marktwirtschaftliche Instrumente wie die CO₂-Abgabe seien am effizientesten, da sie die Entscheidung, wo die Emissionen zu welchen Kosten reduziert werden, dem Markt überlassen würden. Ausnahmeregelungen, so die OECD, könnten die Wirkung der Abgabe erheblich schmälern.

Auf diese Bedenken weist der Bundesrat in seiner Botschaft zum neuen CO₂-Gesetz explizit hin. Er möchte aber die «Verhältnismässigkeit wahren», das Instrument der Zielvereinbarungen also nicht abschaffen, sondern anders gestalten. Neu soll nicht mehr die ausgestossene CO₂-Menge den Teilnehmerkreis definieren. Vielmehr sollen sich jene Unternehmen befreien können, deren CO₂-Abgabelast mindestens 15 000 Franken beträgt. Kostet die Tonne CO₂ wie heute 96 Franken, könnten sich laut einer Studie des Bundesamts für Umwelt (Bafu) 3000 Unternehmen von der Abgabe befreien lassen, mehr als 7000 wären es bei 210 Franken. Mit dem Vorschlag des Bundesrats stiege also die



Über den Dächern von Lausanne: Künftig könnten mehr Firmen als heute von der Klimaabgabe befreit werden. Foto: Laurent Gillieron (Keystone)

Sanktionen hat der Bund noch nie verhängt. Entdeckt er Fehler, «lädt er die Unternehmen zur Nachbesserung ein».

Zahl der befreiten Unternehmen deutlich, wenn auch begrenzt.

Doch auch diese neue Limite sei willkürlich, moniert Armin Eberle, Geschäftsführer der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW). Als Bindeglied zwischen Bund und Wirtschaft unterstützt die Agentur Unternehmen darin, die Zielvereinbarungen zu erarbeiten und umzusetzen; sie würde also von einer kompletten Öffnung des Systems, wie es die Bürgerlichen fordern, direkt profitieren.

Umstrittene Selbstdeklaration

Doch Kritiker im Lager der Linken warnen vor diesem Schritt: Weite sich der Zirkel der Teilnehmer aus, bestehe das Risiko, dass «schwarze Schafe» unentdeckt bleiben. Der Grund: Die Unternehmen deklarieren ihre Fortschritte heute selber, zumeist mit Unterstützung der Agenturberater. Der Bund seinerseits kontrolliert stichprobenartig. Laut Bafu werden im Schnitt bei 20 Firmen pro

Jahr Korrekturen nötig. Sanktionen hat das Bundesamt bislang noch nicht verhängt. Entdeckt es Fehler, «lädt es die Unternehmen zu einer Nachbesserung ein». EnAW-Geschäftsführer Eberle resümiert: «Das System funktioniert.»

Die Energie-Agentur geht davon aus, dass kaum mehr als 3000 bis 4000 Unternehmen neu ein Gesuch auf Abgabebefreiung stellen werden. Zielvereinbarungen zu planen und zu erreichen, sei kostspielig und rechne sich daher nur für Firmen mit einer CO₂-Abgabelast von mehr als 5000 Franken pro Jahr. Linke Kreise befürchten indes, dass es weit mehr Unternehmen sein würden - ein Frontalangriff auf die CO₂-Abgabe.

Umstritten ist, was der bürgerliche Plan für den Klimaschutz bedeutet. «Zielvereinbarungen wirken stärker und direkter», sagt Eberle. «Unsere Unternehmen sparen im Schnitt über 20 Prozent, langfristig 30 Prozent CO₂ ein.» Eine CO₂-Abgabe von 100 Franken dagegen bringe nur Einsparungen von rund 10 Prozent. Erst wenn sie 210 Franken betrüge, wäre der Spareffekt gleich hoch wie mit Zielvereinbarungen, so Eberle.

Der Bund sieht das kritischer, wie aus einer 2016 publizierten Studie des Bundesamts für Energie (BFE) hervorgeht. Demnach haben die untersuchten Unternehmen mit einer Zielvereinbarung zwi-

schen 2013 und 2016 ihre CO₂-Emissionen zwar um 10 Prozent gesenkt. Allerdings waren laut Studie nur etwa 20 bis 40 Prozent dieser Einsparungen eine direkte Folge der Zielvereinbarungen. Einen Teil der Massnahmen hätten die Firmen ohnehin umgesetzt, so das Fazit. Als Schwachpunkte nennt die Studie auch «wenig ambitionierte» Zielsetzungen und den grossen Vollzugsaufwand.

Erhöhung ist mehrheitsfähig

Bedenken hegt auch das Bafu. «Aus klimapolitischer Sicht bringen die Zielvereinbarungen wenig», sagt Andrea Burkhardt, Leiterin der Abteilung Klima. In Zukunft sei dies noch weniger der Fall, weil das Potenzial der wirtschaftlichen Massnahmen, das sich mit diesem Instrument erschliessen lasse, weitgehend abgeschöpft sei. «Wir erwarten selbst mit einer Ausweitung der befreiten Unternehmen, wie dies der Bundesrat vorschlägt, nur noch eine halb so grosse Wirkung wie heute», sagt Burkhardt. Sinnvoller sei es, die CO₂-Abgabe zu erhöhen. Zumindest in diesem Punkt ist fraglich, ob sich SVP und FDP durchsetzen werden. Die CVP trägt - zusammen mit der Linken - die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung auf 210 Franken pro Tonne CO₂ mit. Um die Höhe der Abgabe dürfte das Parlament somit besonders hart ringen.

CO₂-Abgabe

Pfeiler der Klimapolitik

Im Pariser Klimavertrag hat sich die Staatengemeinschaft verpflichtet, die Erderwärmung auf «deutlich» unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Die Schweiz macht sich nun daran, das Abkommen umzusetzen, dies im Rahmen des neuen CO₂-Gesetzes für die Periode 2020 bis 2030. Die Umweltkommission des Nationalrats hat letzte Woche beschlossen, auf die Vorlage einzutreten. Ein zentrales Element der Klimapolitik ist die CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe, welche Konsumenten und Unternehmen bezahlen müssen. Jährlich werden rund zwei Drittel der Abgabeerträge verbrauchsunabhängig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt. Wer mit Energie sparsam umgeht, profitiert also. Wer verschwenderisch ist, zahlt drauf. Ein Drittel der Einnahmen, maximal aber 450 Millionen Franken, fliesst in das Gebäudeprogramm zur Förderung CO₂-wirksamer Massnahmen wie etwa energetischer Sanierungen. Eine Ausdehnung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe, also Benzin und Diesel, hat bis heute keine Mehrheit. Die Emissionen haben aber gerade im Sektor Verkehr seit 1990 um 3 Prozent zugenommen. In den Sektoren Gebäude und Industrie, wo die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe greift, ist der Ausstoss dagegen um 23 respektive 16 Prozent zurückgegangen. (sth)

Facebook gibt Schweizer Strafverfolgern nur wenige Daten heraus

Der Bund hat kaum eine Handhabe, den US-Konzern dazu zu bringen, ihm Adressen herauszugeben. Das sagen Parlamentarier.

Janine Hosp

In 361 Fällen ersuchten Schweizer Behörden zwischen 2013 und Mitte 2017 Facebook darum, ihnen Nutzerdaten auszuhandigen. Am häufigsten klopfte das Bundesamt für Polizei (Fedpol) beim amerikanischen Konzern an, oft weil es Informationen im Zusammenhang mit Terrorismus haben wollte. Aber auch Kantone gelangten über den Bund an Facebook, etwa bei Ermittlungen zu Delikten gegen Leib und Leben oder bei Ehrverletzungen. Aber: Nur in 110 Fällen gab Facebook Daten wie E-Mail- oder IP-Adressen von Nutzern heraus, wie die «SonntagsZeitung» in ihrer gestrigen Ausgabe schreibt.

Das heisst: Facebook hat nicht einmal bei jeder dritten Anfrage aus der

Schweiz Daten herausgegeben. Gemäss einer Fedpol-Sprecherin sei es für hiesige Behörden vor allem dann schwierig, Auskunft zu erhalten, wenn es um Delikte gehe, die zwar in der Schweiz strafbar seien, nicht aber unbedingt in den USA.

«Wir müssen das internationale Strafrecht besser pflegen und uns dringend damit befassen, wie wir unsere Interessen über Landesgrenzen hinweg durchsetzen können», fordert GLP-Nationalrat Beat Flach. Es müsse möglich sein, jemanden zu bestrafen, der einen Nutzer in der Schweiz beschimpft oder in seiner Ehre verletzt habe.

Nur ein symbolischer Fingerzeig

Die Frage ist allerdings, wie der Bund dies erreichen kann. Die Rechtskommission des Ständerats hat erst kürzlich einen Vorstoss von Nationalrat Balthasar Glättli (Grüne) in einer eigenen Motion aufgenommen. Einstimmig. Danach sollen grosse kommerzielle Internetplattformen künftig ein Zustellungsdomizil in der Schweiz eröffnen müssen. Glättli ist überzeugt: «Für Betroffene wäre es

dadurch viel einfacher, eine Anzeige einzureichen.» Auch würde der ganze Ablauf beschleunigt.

Andere Ratsmitglieder bezweifeln indes, dass der Bund auf diesem Weg etwas erreicht: «Dieser Beschluss war nicht mehr als ein symbolischer Fingerzeig», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni. Die Schweiz gebe damit nur zu verstehen, dass sie vonseiten sozialer Netzwerke mehr Kooperation wünsche. Selbst wenn Facebook in der Schweiz über eine Adresse verfügte, sei fraglich, ob der Konzern Daten herausgäbe - diese lägen nämlich in den USA. «Der Konzern weiss schon, weshalb er sie in den Staaten hat. Sie sind dort besser geschützt.»

Andrea Caroni wollte schon selber gegen einen Twitterer vorgehen; dieser hatte in Caronis Namen ein Account eröffnet und damit ehrverletzende Tweets verbreitet. Als er diesen ausfindig machen wollte, sagte ihm die Berner Staatsanwaltschaft, sie könne hier nichts tun. Wenn es um Ehrverletzung gehe, bekäme sie keine Daten aus den USA. Diese hielten die freie Rede, «free speech», noch höher als die Schweiz.

In dieser Hinsicht hat es die Polizei einfacher als Private: Im Ernstfall, etwa wenn ein Kind entführt wurde, kann sie über einen Notfallkanal an Facebook gelangen. Dieser Weg funktioniert gemäss Fedpol gut.

Facebook sperren?

Auch Beat Flach ist der Meinung: «Wenn Facebook eine Zustelladresse in der Schweiz hätte, würde man einfach Briefe hin- und herschicken. Zwingen kann man den Konzern aber auch dann nicht, Daten herauszugeben.» Und so sei man bereits beim Thema Netzsperrungen, das zurzeit auch im Zusammenhang mit dem neuen Geldspielgesetz diskutiert werde. Wenn sich Facebook weigere, Daten herauszugeben, müsse der Bund dies sanktionieren und zum Beispiel Facebook in der Schweiz sperren. «Ich bin aber entschieden gegen eine Lex Facebook oder eine Lex Booking.» Es könne aber auch sein, dass Facebook von sich aus darauf verzichte, auf dem kleinen Markt präsent zu sein, und seine Schweizer Nutzer über ein Geoblocking aussperre.

Was nach Ansicht Flachs mehr bräuchte: wenn der Bund eine in seinen Augen zu Unrecht abschlägige Antwort in den USA vor Gericht anfechten würde. In Amerika sei es gang und gäbe, dass man einen Leitprozess anstrengt und sozusagen den Sheriff einmal durchs Dorf reiten lasse. Falls der Bund vor Gericht recht bekäme, hätte er etwas in der Hand, um bessere Richtlinien für Rechtshilfegesuche auszuhandeln. Schon das FBI sei diesen Weg mit Erfolg gegangen. Apple musste darauf Daten herausgeben, die ein Nutzer auf seinem Mobiltelefon gespeichert hatte.

Auch Andrea Caroni glaubt, dass die Schweiz am ehesten über Rechtshilfegesuche zu Daten kommt. Seiner Ansicht nach müssen diese aber einfacher, besser und sie müssen beschleunigt werden. Dabei ist die Schweiz jedoch auf das Entgegenkommen der USA angewiesen. «Für nationale Politiker ist es unangenehm zuzugeben, aber wenn es um internationale Belange geht, können wir ohne die anderen Länder wenig ausrichten», sagt Caroni.